

Exportüberschuss als „deutsches Problem“

Vorbemerkung

Die Kritik am deutschen Exportüberschuss als makroökonomisches Problem nimmt auffällig zu. Dabei reichen die kritischen Einwände vom allgemeinen deutschen Überschuss in der Außenwirtschafts-Bilanz bis hin zur speziellen Kritik am steigenden Rüstungsexport – letzteres z.B. aus "politisch-moralischen Gründen" durch den deutschen Altbundeskanzler Helmut Schmidt (in „Die Zeit“ Nr. 51/2013, S. 15). Es gibt kaum einen Zweig der deutschen Exportindustrie, der nicht am regionalen oder globalen Handels-Ungleichgewicht durch seine Lieferungen direkt beteiligt ist. Es gibt wahrscheinlich keine Großbank in Deutschland, die nicht am erzielten Überschuss der deutschen Kapitalbilanz in der Außenwirtschaft der letzten Jahre zeitweilig beteiligt war oder es noch ist.

Die Daten des „SVR für Wirtschaft“

Nach den aktuellen Angaben des SVR betrug der Außenbeitrag Deutschlands für das Jahr 2012 insgesamt 221,6 Milliarden Euro, darunter beim Warenumsatz 178,3 Milliarden Euro und beim Primäreinkommen ¹ 63,7 Milliarden Euro, während es bei den Dienstleistungen einen negativen Außenbeitrag von -20,3 Milliarden Euro gab.

Dabei stieg der Außenbeitrag durch den *Warenumsatz* zwischen 2003 und 2012 um weitere ca. 49 Milliarden Euro an, während er bei den Primäreinkommen von -18,2 auf +63,7 Milliarden Euro sogar noch schneller anwuchs. Dies zeugte von der weiterhin dominierenden Exportkraft der deutschen Wirtschaft im Zeitraum der „Euro-Krise“, darunter von der stark angestiegenen Bedeutung des Kapitalexports, aus dem die hohen Primäreinkommen resultierten.

Insgesamt entstanden zwischen 2003 und 2012 bei den Warenumsätzen Überschüsse von 1.595,31 Milliarden Euro und beim Primäreinkommen *Überschüsse* von 380,01 Milliarden Euro für Deutschland. (Bei den Primäreinkommen sind selbstverständlich die auch entstandenen Verluste der deutschen Anleger durch Kapitalbewegungen und -spekulationen aller Arten eingerechnet.)

Gleichzeitig berichtete das *DIW*, dass deutsche Kapitalanleger zwischen 1999 und 2012 insgesamt Verluste von 400 Milliarden Euro im Ausland zu tragen hatten

¹ Hierunter rechnen die Einkommen durch Kapitalexport (u.a. Gewinne, Zinsen); SVR in: siehe Zeitreihe ZR032 zur Verwendung des Volkseinkommens, Stand: 3.10.13.; <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/zeitreihen/ZR032.xls>

(DIW-Wochenbericht Nr. 47/2013), was einem durchschnittlichen Jahresverlust von ca. 30 Milliarden Euro für diesen sehr langen Zeitraum gleichkommt. Diese Politik der langfristigen Kapital-"Vernichtung" ist auch deshalb extrem schädlich, weil sie auf dem Boden zu geringer oder fehlender *inländischer* Investitionen forciert wurde. (DIW-Wochenbericht Nr. 26/2013) Nach den Angaben des SVR sanken die deutschen Netto-Investitionen zwischen 2007 und 2012 von 119,56 auf nur 58,15 Milliarden Euro dramatisch ab. Das BMWi zeigte jetzt in einer kritischen Analyse, dass es vor allem die absolut rückläufigen Bauinvestitionen in Deutschland waren, die den Absturz der Bruttoinvestitionen bewirkten. (BMWi, Monatsbericht 12/2013, S. 14)

Zur Polemik seitens des DIW-Berlin

Jetzt hat *Marcel Fratzscher (Präsident des DIW-Berlin)* – nach längerer Abwartezeit – seine *persönliche* Meinung zum Problem der deutschen Exportüberschüsse publiziert.² Er sollte sich nicht wundern, wenn gegen ihn deswegen auch ganz persönlich polemisiert wird.

Zunächst verwahrt sich *Fratzscher* gegen den Vorwurf, dass die deutschen Exportüberschüsse „eine Mitschuld“ an der europäischen Krise haben. „Dieser Vorwurf ist falsch.“ Eine solche Feststellung von *Fratzscher* ist kaum plausibel, wenn man die indirekten und mittelbaren Wirkungen dieser komplexen Exportüberschüsse im Rahmen der gesamten Außenhandelsbilanz einbezieht.

Sein wichtigstes Argument hierfür lautet: "Handel ist kein Nullsummenspiel, bei dem Deutschlands Exporte zu Lasten anderer gehen." Mit dem scheinbar logischen Schluss „Handel ist kein Nullsummenspiel“ wird hierbei verschleiert, dass es sich beim Export- und Leistungsbilanzüberschuss nicht nur um *einfachen* Handel, sondern um ein komplexes gravierendes Ungleichgewicht in der Wirtschaft handelt, das unter der Tarnkappe „Handel“ daherkommt und zugleich eine ganz spezifische Ursachen- und Wirkungskomponente einschließt: die Ungleichgewichte auch der *Kapitalbilanzen*, die ein Bestandteil der Leistungsbilanzen sind. Solange Überschüsse in der Außenwirtschaft nicht verhindert werden, sind auch Importdefizite zwangsläufig, zwar nicht als unmittelbares Ziel, aber in der logischen Folgewirkung.

Gegenargumente zu DIW-Fratzscher

Gegenüber *Fratzscher*s Standpunkt ist m. E. folgendes geltend zu machen: Dem eigentlichen *Warenhandelsüberschuss* jedes Staates steht ein eigenes *Warenimportdefizit* gleicher Höhe gegenüber – und nur diese beiden Seiten der Medaille gleichen sich „zu Null“ aus. Aber es geht im Kern nicht hierum, sondern um den *komplexen* Außenwirtschaftssaldo eines Staates. Bei *Fratzscher* wird hier im Grunde von den Warenimportdefiziten in einem gegebenen Staat abgelenkt,

² M. Fratzscher, „Deutsche Exportüberschüsse sind ein Problem für Deutschland, nicht für die Welt“, in: „DIW-Wochenbericht 47/2013“

die bei den laufenden Warenexportüberschüssen gegenüber mehreren anderen Staaten zwangsläufig entstehen müssen. *Es ist in zwei verschiedenen Bilanzen auf zwei Ebenen zu rechnen: Warenumsätze und Primäreinkommen.* Das geht aus der oben zitierten Bilanzdarstellung des SVR für Wirtschaft auch klar hervor.

Vom Standpunkt eines „nationalen Kapitals“ werden gerade durch solche Ungleichgewichte auf beiden Seiten der Außenbilanz *hohe Gewinne* realisiert – beim Warenexportüberschuss im Verkauf (auch gegen Bankkredite mit hohen Zinsen); beim Warenimportdefizit gleichfalls durch Senkung des gesamten Binnenbedarfs (infolge der abgesenkten Lohnquote) sowie der zwangsläufigen Ableitung der damit „eingesparten“ Binnenfinanzierungsmittel (über das Bankensystem und den Direktexport der Unternehmen) in den eigenen Kapitalexport. Die Unterscheidung von Waren- und Geldkapitalexport besitzt somit ihren wirtschaftspolitischen Sinngehalt, der nicht herabgemindert oder übergangen werden sollte.

Dagegen bei *Marcel Fratzscher*: „Ein Abbau der hohen Exportüberschüsse Deutschlands ist deshalb notwendig. Dies sollten wir nicht durch Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit und Reduzierung der Exporte erreichen, sondern durch bessere Rahmenbedingungen und mehr Anreize für Investitionen – eine zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung“. Sollen diese „mehr Anreize für Investitionen“ *vom Staat* trotz Fortsetzung der harten *fiskalischen Spar- und Entschuldungspolitik* zusätzlich mobilisiert werden?

Diese erforderlichen „*besseren Rahmenbedingungen*“ werden leider durch *Fratzscher* nicht konkretisiert; aber der Leser kann vermuten bzw. kann voraussetzen, dass hierunter die Fortsetzung, Verbreiterung und sogar Verschärfung der *neoliberal* intendierten, angebotsorientierten Lohnkostensenkungspolitik in der Bundesrepublik gemeint ist. Diese hat jedoch bisher durch die Duldung und Förderung *einer Politik zur Senkung der Lohnquote* am BIP stets signifikant die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands erhöht und keineswegs gesenkt.

Fratzschers "Zukunftsvision"

Frappierend wirkt nun folgender Satz von *Fratzscher*: „Die hohe Sparquote und Exportüberschüsse haben also Deutschlands Wohlstand verschlechtert, nicht verbessert“, und er begründet dies mit den schon genannten „über 400 Milliarden Euro“ seit 1999 erzielten hohen *Verlusten* Deutschlands in seinen Exportüberschussländern. Hier schimmert die oft verdrängte Realität der zwischenstaatlichen, regionalen oder globalen Finanzbeziehungen und deren Bankenfinanzierung durch, ohne die wirklich Ursachen bzw. Verantwortlichen zu benennen. Jedoch ist dieser „Verlust“ der Preis für die gleichzeitigen *immensen* Gewinne der privaten Kapitalbesitzer, die Deutschland insgesamt aus den Bilanz-Ungleichgewichten gezogen hat, wobei ein beachtlicher spekulativer Geldkapitalverlust *letztlich* auch vom Staatshaushalt und vom Steuerzahler getragen wurde oder werden soll. Ferner sei nochmals daran erinnert: die

deutschen *saldierten* Primäreinkommen aus dem Ausland stiegen im Jahre 2012 auf 63,7 Milliarden Euro und erreichten den bisher höchsten Stand.

Darüber hinaus ist offen oder zumindest spekulativ, wie die *ambivalenten* Anforderungen an die Wirtschaftspolitik gleichzeitig und koordiniert realisiert werden könnten: Binnenwirtschaftlich gezielte Investitionsförderung, fiskalischer Sparkurs und rascher Abbau der hohen Staatsverschuldung auf allen Ebenen in Deutschland. sowie Anhebung des materiellen Lebensniveaus der breiten Massen, insbesondere der untersten wirtschaftlichen Einkommensgruppen.

Das „Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung“ in Berlin (*IMK*) hat unlängst durch Modellrechnungen nachgewiesen, dass die *einseitige* Angebotspolitik, die durch die "Reformen" initiiert und etabliert wurde, im letzten Jahrzehnt sich äußerst nachteilig ausgewirkt hat. Kritisch wird vermerkt: "Aber auch in Deutschland wurden durch diesen einseitigen Policy Mix" (der die Nachfragepolitik vernachlässigte) "Wachstum und Beschäftigung verschenkt *und eine massive Umverteilung zu Gunsten der Besserverdienenden und Vermögenden betrieben.*" (Hervorhebung von mir – K.M.) (Zitiert nach IMK-Report 87, Nov. 2013, S. 19)

Sicherlich ist es kein Zufall, dass diese *Bereicherung* der privaten Geldvermögensbesitzer in der Argumentation von M. Fratzscher ausgeblendet bleibt.

30.12.2013